

II-3256 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1635/15

1978 -02- 02

A N F R A G E

der Abgeordneten KRAFT, Dr. LEIBENFROST, WIMMERSBERGER, Landgraf und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend die Aktion W-2-2000 bei der Gendarmerie

Die Gendarmeriebeamten von Oberösterreich der Geburtsjahrgänge 1925 bis 1928, die in den Jahren 1945 bis 1947 in die Österreichische Bundesgendarmerie eingetreten sind und von der Aktion W-2-2000 nicht mehr berücksichtigt wurden, fühlen sich gegenüber ihren älteren Kollegen mit Recht benachteiligt und streben daher eine Gleichstellung an.

Die wesentliche Benachteiligung besteht beim Jahrgang 1925 in der Vorrückung in eine höhere Gehaltsstufe; weiters sind alle erwähnten Beamten dadurch benachteiligt, daß sie nicht Bezirksinspektor werden können und daher eine höhere Dienstzulagenstufe nicht erreichen können.

Von den betroffenen Beamten - in Oberösterreich 145 - werden folgende Gründe für eine Gleichstellung mit den älteren Kollegen angeführt:

- 1) Beim Eintritt in die Österreichische Bundesgendarmerie wurden auch Sie unter Eid genommen und haben somit die gleichen Rechte und Pflichten übernommen wie die älteren Kollegen.
- 2) Auch Sie haben in gleichem Maße ihr Leben eingesetzt und mitgeholfen, nach dem 2. Weltkrieg die Österreichische Bundesgendarmerie neu aufzubauen.

- 3) Auch sie haben unter schwierigsten Verhältnissen mitgeholfen, während Besetzung Österreichs die österreichische Bevölkerung vor Übergriffen der Besatzungsmächte zu schützen.
- 4) Auch sie haben in gleichem Maße dazu beigetragen, in der Nachkriegszeit in Österreich die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten.
- 5) Letzten Endes stehen diese Beamten im Durchschnitt noch weitere 10 Jahre dem Staate zur Verfügung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

1. Sind Sie bereit, die oben aufgezeigte, ungerechtfertigte Benachteiligung einer Gruppe von Gendarmeriebeamten zu überprüfen?
2. Sind Sie bereit, die Aktion W-2-2000 auf die oben angeführte Gruppe von Beamten auszudehnen?
3. Welche anderen Möglichkeiten sehen Sie, um die aufgezeigte Benachteiligung zu beseitigen?
4. Wie viele Gendarmeriebeamte in ganz Österreich sind von der aufgezeigten Benachteiligung betroffen?